

Ratsherr Mark Proch, NPD
Am Brunnenkamp 4
24537 Neumünster

Die Stadtpräsidentin
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

, den 10.10.2016

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 22.11.2016

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung fordert die Landregierung auf, die Straßenbaubeiträge, mit denen Anlieger finanziell stark belastet werden, abzuschaffen. Hierfür müssen das Kommunalabgabengesetz (KAG) und die Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) entsprechend geändert werden.

Begründung:

In der Vergangenheit wurden auch in Neumünster immer wieder Anwohner für Straßensanierungen zur Kasse gebeten und regelmäßig gab es in diesem Zusammenhang Streitigkeiten. Der Grund für diese Streitigkeiten liegt darin, daß die Verwaltung es jahrzehntelang versäumt hat, nicht umlagefähige Reparaturen und Instandsetzungen an den Straßen und deren Infrastruktur durchzuführen. Erst wenn die Straße grundsaniierungsbedürftig sind und die Anwohner Straßenbaubeiträge zahlen müssen, wird man tätig. Mutmaßlich möchte man mit dieser Vorgehensweise Kosten einsparen und die Anwohner, der ohnehin schon durch die Grundsteuer zahlen, noch stärker belasten.

Ein aktuelles Beispiel:

Die Stadt Neumünster plant für einen Teil der Frankenstraße, die nachweislich jahrzehntelang von der Stadt nicht instand gehalten wurde, eine ca. 700.000 € teure Sanierung. Der Rest der Straße, wo das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seinen Sitz hat, wird vorerst nicht saniert, vermutlich weil dort die Stadt und das Bundesamt beitragspflichtige Anlieger wären. Bei der Sanierung geht es um geplante Kosten von 8.000 – 12.000 Euro pro Anlieger, die aber noch höher ausfallen können. Das treibt viele Anlieger, da sie mit 85 % an den Kosten beteiligt werden, in den finanziellen Ruin.

Der Versuch der anderen Ratsfraktionen durch eine geänderte Satzung, viele Bürger nicht mehr mit 85% der Kosten zu belasten, sondern nur noch mit 55% ist löblich, bekämpft

STP in /Oba/1.STR/STR/60/

30/10.1/61

Eingang 10.10.16 R.

11.10.16

ab 11.10.16 li-

0316/2013/An

allerdings nur die Symptome eines tiefergehenden Problems. Dieses Problem scheint lediglich Reinhard Ruge (FDP) erkannt zu haben. Er plädierte dafür, daß Schleswig-Holstein dem Beispiel anderer Länder folge und Straßenbaubeiträge ganz abschafft.

Für die Nationaldemokraten sind die Straßenbaubeiträge städtische Abzocke, der die rechtliche Grundlage entzogen werden muß. Das haben andere Bundesländer längst erkannt. So ist Baden-Württemberg ein Musterbeispiel dafür, daß es auch anders geht. Dort wird alles aus Steuermittel finanziert. Auch in Berlin wurden die Straßenbaubeiträge längst abgeschafft. Daher fordern wir von der NPD zum Wohle der Neumünsteraner Bürger, diesem Antrag fraktionsübergreifend zuzustimmen und damit die Landesregierung unter Druck zu setzen.

Ratsherr Mark Proch (NPD)

